

Mali: Vorläufige Stabilisierung – trotz fundamentaler Erschütterung. (Vorort-)Einschätzungen zur jüngsten Terrorwelle am 25.04.2026. Von Olaf Bernau

Was geschah: Die Anschläge vom 25.04.2026

10.000 bis 15.000 Aufständische haben am 25.04.2026 zeitgleich im Norden, Zentrum und Süden Malis staatliche Einrichtungen angegriffen – teils unter separatistischer, teils unter dschihadistischer Flagge. Der malischen Armee (die 25.000 bis 30.000 Soldat:innen umfasst) ist es zwar gelungen, die Terrorangriffe weitgehend zurückzuschlagen, dennoch fällt die allgemeine Bilanz verheerend aus: Bis zu 800 Menschen kamen ums Leben, die meisten unter den Aufständischen – vor allem bei den bis heute andauernden Gegenmaßnahmen der staatlichen Sicherheitskräfte; in der Garnisonsstadt Kati in der Nähe von Bamako starb der vielerorts geschätzte Verteidigungsminister Sadio Camara bei einem LKW-Selbstmordanschlag; und im Norden des Landes eroberten Tuareg-Separatisten die Wüstenstadt Kidal – gerade mal zweieinhalb Jahre, nachdem die malische Armee eine knapp 10-jährige Besetzung der symbolisch bedeutsamen Stadt beendet hatte. Zugleich riefen die Ereignisse in der internationalen Öffentlichkeit ein reges Echo hervor. Während die einen das Ende der von einer breiten Bevölkerungsmehrheit unterstützten Militärregierung sahen (al Jazeera verkündete am 28.04.2026 sogar den unmittelbar bevorstehenden Rücktritt von Militärführer Assimi Goita), meinten andere, dass Russland als einer der wichtigsten Bündnispartner Malis eine schwere Niederlage erlitten habe. Und Ulf Leassing von der Konrad-Adenauer-Stiftung wiederum prophezeite, dass dschihadistische Fundamentalisten in den nächsten 15 Jahren die Macht in den Sahelländern schrittweise übernehmen würden. Umso bemerkenswerter ist, dass in westlichen Medien kaum zu erfahren ist, wie die Malier:innen selbst das Geschehen einordnen – eine Leerstelle, die mitnichten neu ist, die in den letzten Jahren aber immer wieder zu fundamentalen Fehleinschätzungen westlicher Sicherheitsexpert:innen in puncto Sahel geführt hat (für weitere Informationen zur jüngsten Anschlagsserie vgl. auch ein Interview mit Svenja Bode von der Friedrich-Ebert-Stiftung – auch wenn die Überschrift des Beitrags etwas irreführend

ist: www.ipg-journal.de/interviews/artikel/russland-hat-mehr-versprechen-gemacht-als-es-letztlich-einloesen-konnte-9022/).

Erste Reaktionen: Sadio Camara als Hoffnungsträger

Wer sich in den letzten Tagen mit Menschen in Bamako unterhielt, erlebte vor allem große Betroffenheit über den Tod des Verteidigungsministers Sadio Camara – bemerkenswerterweise quer über alle Altersgruppen, sozialen Positionen und politischen Lager hinweg. Und das hatte weniger damit zu tun, dass Sadio Camara als maßgeblicher Architekt der sicherheitspolitischen Hinwendung Malis zu Moskau galt, wie vor allem in westlichen Medien umfangreich ausgeführt wurde. Wichtiger ist, dass ihn viele Menschen als ungewöhnlich nahbaren Militär empfunden haben, vor allem als guten Zuhörer – und als einen, dessen Name im Zusammenhang mit Korruption und Ähnlichem so gut wie nie gefallen ist. Immer wieder hieß es, dass die Bevölkerung einen wichtigen Fürsprecher (ihrer Hoffnungen) verloren habe, und das umso mehr, als sie nichts so sehr fürchte wie die Rückkehr der alten politischen Klasse, deren als inkompetent, kleptokratisch und prowestlich wahrgenommene Regierungsführung üblicherweise für die Entstehung des dschihadistischen Terrorismus verantwortlich gemacht wird.

Besonders aufschlussreich war für mich daher ein Gespräch mit einem Kleinhändler, mit dem ich seit 2014 regelmäßig im zivilgesellschaftlichen Rahmen zusammenarbeite: Bereits 2008 musste er erleben, wie in Bamako große Teile seines zum Stadtteil Daoudabougou gehörenden Armenviertels "Quartier Mali" in einer Nacht- und Nebelaktion geräumt und planiert wurden – nur um sich zwei Jahre später damit konfrontiert zu sehen, dass in seinen Herkunftsdörfern Sanamadougou und Sahou der malische Agrarinvestor Modibo Keita qua staatlich ausgestelltem Pachtvertrag einen Großteil der dortigen Acker- und Weideflächen beschlagnahmt hat (Stichwort "Landgrabbing": <https://afrique-europe-interact.net/607-0-Hintergrund-Vorschau.html>). Seitdem ist mein Gesprächspartner sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum zu Landkonflikten aktiv. Und entsprechend war es auch kaum überraschend, dass er einen direkten Zusammenhang zwischen seinen eigenen Lebenserfahrungen und den jüngsten Anschlägen gezogen hat – mit ausdrücklicher Betonung davon, dass die Militärs unter Präsident Assimi Goita dabei seien, viele der Landkonflikte aus den letzten Jahrzehnten erneut zu prüfen und in bemerkenswertem Umfang Rückübereignungen von Land vorzunehmen bzw. Rechtssicherheit für kleine Grundstücksbesitzer:innen herzustellen. Kurzum: Nur, wer sich mit den langfristigen Effekten schlechter und/oder neoliberaler (seit den 1990er Jahren von IWF und Weltbank aufgezwungener) Regierungsführung beschäftigt, wird verstehen können, weshalb viele Menschen die derzeitige Schwächung der mit harter Hand regierenden Militärs als persönliche Bedrohung empfinden, nicht jedoch als Aussicht auf Befreiung, wie es aus westlicher Perspektive naheliegen würde (vgl. hierzu auch einen jüngst im Deutschlandfunk ausgestrahlten Beitrag von Bettina Rühl zu Demokratie im Sahel, zu dem ich zwei O-Töne beisteuern konnte: www.deutschlandfunk.de/burkina-faso-regime-erklaert-demokratie-fuer-unpassend-100.html).

Debatten über politische Konsequenzen in Mali

Jenseits erschütterter Hoffnungen stellen die Angriffe vom 25.04.2026 für viele Malier:innen auch deshalb einen tiefen Schock dar, weil der Anschlag auf den Verteidigungsminister sowie das damit verbundene Eindringen mehrerer hundert bewaffneter Dschihadisten in die normalerweise gut gesicherte Garnisonsstadt Kati vor den Toren Bamakos (inklusive Kamikaze-Drohnen und kleinen Raketen) nur durch Geheimnisverrat und stille Kollaboration seitens einzelner Teile des Sicherheitsapparates möglich gewesen sind. Entsprechend ist mittlerweile von einem fehlgeschlagenen innermilitärischen Putsch die Rede, wobei unklar ist, ob bestimmte Teile des Militärs das unerwartete Chaos genutzt haben, um die russlandfreundlichen Teile des Militärs zu stürzen (inklusive Assimi Goita) oder ob es sich um ein von Anfang an eingefädelt Komplotz zwischen Aufständischen und einzelnen Offizieren gehandelt hat. Was auch immer die weiteren Ermittlungen ans Tageslicht bringen werden, fest steht, dass derzeit fieberhaft nach Optionen für einen Neustart gesucht wird. Viele Vorschläge liegen auf dem Tisch – darunter die Forderung nach einem zivilen Premierminister und der Schaffung eines neuen Übergangsrats, zusammengesetzt aus anerkannten Persönlichkeiten, Expert:innen und traditionellen Autoritäten. Ob es tatsächlich dazu kommen wird, ist nicht zuletzt eine Frage des allgemeinen Kräfteverhältnisses – wobei zweierlei unstrittig ist: Einerseits, dass weder Militärs noch politische oder gesellschaftliche Akteure die Dramatik der Lage leugnen, andererseits, dass in Mali – allen Unkenrufen zum Trotz – durchaus kontrovers diskutiert wird, allerdings auf diskrete und streng reglementierte Weise. Zudem dürfte eine Zusammenarbeit mit jenen Teilen der (sogenannten)

demokratischen Optionen ausgeschlossen sein, die überwiegend im Ausland leben und unter anderem die jüngsten Angriffe des separatistischen FLA-Tuareg-Bündnisses und des dschihadistischen Terrornetzwerkes JNIM explizit gutgeheißen haben – wie auch die taz berichtet: "Dass die Rebellen auf diese Weise die Kämpfer aus Russland außer Landes schaffen [gemeint ist der Rückzug russischer Soldaten aus Kidal – O.B.], die für zahlreiche Verbrechen an Malis Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht werden, erfreut Malis zivile Opposition, die sich mittlerweile größtenteils im Exil befindet [was rein numerisch nicht stimmt – nur die prominentesten Stimmen sind nicht mehr im Land – O.B.]. Ein Exilvertreter sprach am Sonntagabend der JNIM-FLA-Koalition in einer Videobotschaft seine "Glückwünsche" aus und äußerte die Hoffnung auf einen „neuen demokratischen Übergang“ in Mali." (taz.de/Krise-in-Mali/!6174421/).

Die Anschläge vom 25.04.2026: Militärische Niederlage oder Selbstbehauptung?

Bei den Angriffen am 25.04.2026 waren 10.000 bis 15.000 Aufständische beteiligt – einschließlich Kämpfern der Rebellengruppe Polisario, die seit Jahrzehnten für die Unabhängigkeit der Westsahara von Marokko kämpft und sich mit den Tuareg-Separatisten mutmaßlich deshalb verbündet hat, weil Mali vor einigen Wochen die jahrzehntelange Neutralität in diesem Konflikt zugunsten Marokkos aufgegeben hat (wahrscheinlich auch deshalb, weil Bamako im multipolaren Geiste engere Verbindungen zu Marokko sucht – was Investitionen, Verkehrswege, Zugänge zum Atlantik etc. betrifft). Zudem liegen zahlreiche Hinweise vor, dass Algerien und Mauretanien die Angriffe zumindest logistisch begünstigt haben, so wie auch mehrere Beobachtungen dafür sprechen, dass ukrainische Drohnenausbilder die Aufständischen unterstützen – in ihrem Bestreben, russischen Kräften weltweit Niederlagen zuzufügen (unter Ausblendung davon, dass dies auf Kosten der malischen Bevölkerung geht, die ihrerseits nicht das Geringste mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu tun hat). Ob auch der französische Geheimdienst beteiligt war (wie viele Menschen in Mali glauben), kann hingegen nicht seriös beantwortet werden, aber auszuschließen ist es nicht. Denn es ist unwahrscheinlich, dass der Einsatz von (Kamikaze-)Drohnen sowie die Koordinierung tausender Kämpfer ohne geheimdienstliche Erkenntnisse (etwa aus französischen Quellen) von statten gegangen sein soll.

Angesichts einer derart geballten Macht der Aufständischen scheint die von vielen Menschen vertretene Einschätzung durchaus nachvollziehbar zu sein, dass die malische Armee auf die jüngsten Angriffe vergleichsweise effektiv und erfolgreich reagiert hat. Noch 2012 ist die seit den 1990er Jahren systematisch verkleinerte Armee in Mali unter dem damaligen separatistisch-dschihadistischen Aufstand wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Genauso wenig ist es in den Jahren 2013 bis 2023 den knapp 20.000 Soldaten der französischen Antiterroroperation Barkhane und der UN-Friedensmission MINUSMA gelungen, den ursprünglich auf den Norden Malis beschränkten Konflikt einzudämmen. Stattdessen hat sich aus den frühen Konflikten ein Flächenbrand im gesamten Sahel entwickelt – ein Sachverhalt, der auch die Fragwürdigkeit der im Westen üblichen Wahrnehmung unterstreicht, wonach die Gewalteskalation im Sahel primär den autoritär verfassten Militärregierungen geschuldet sei. Umso bemerkenswerter scheint der Ablauf der jüngsten Ereignisse: Trotz einer nie da gewesenen Stärke des aufständischen Lagers hat die malische Armee binnen 24 Stunden weitgehend die Kontrolle zurückgewonnen und musste lediglich in Kidal eine empfindliche Niederlage hinnehmen (nachdem sich die dort stationierten russischen Bündnispartner ohne Absprache mit den malischen Behörden zurückgezogen hatten). Dieser Umstand hat in Mali bei den meisten Menschen, mit denen ich gesprochen habe (auch denen, die sich als Opposition begreifen), eine patriotisch aufgeladene Begeisterung für die eigenen Streitkräfte aufkommen lassen – die sich nicht nur mit Umfrageergebnissen aus den letzten Jahren zum Vertrauen in die malische Armee (FAMA) deckt. Auch in Alltagsgesprächen wird die Nähe zur FAMA immer wieder spürbar: "Wir sind alle FAMA", wie etwa ein befreundeter Regierungskritiker vergangenes Jahr zu mir meinte – mit dem ergänzenden Hinweis, dass sich in den Augen der meisten Menschen die FAMA aus den Söhnen und Töchtern des Volkes zusammensetzt und keineswegs identisch mit der Militärregierung sei.

Gleichzeitig bleibt die Einsicht, dass die aktuelle Stärke der FAMA offenkundig nicht ausreicht, um den Terror effektiv zurückzudrängen. Schlimmer noch: Die aufständischen Gruppen haben in den letzten Monaten erneut an Stärke gewonnen – und zwar trotz des Umstandes, dass sie in keiner Region in Mali über eine nennenswerte Verankerung verfügen. Selbst im Norden spricht sich seit 2012 eine deutliche Mehrheit kontinuierlich gegen den Tuareg-Separatismus aus – worin nicht zuletzt der Umstand zum Tragen kommt, dass die Tuareg auch in dem von ihnen beanspruchten Gebiet "Azawad" gerade mal 30 Prozent der

Bevölkerung stellen (während selbst unter den Tuareg in der Region Kidal die Unabhängigkeitsidee keine Mehrheit genießt, wie die 2025-er Umfrage "Mali-Mètre" der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt). Entsprechend war in vielen Gesprächen auch zu spüren, dass das allgemeine Sicherheitsgefühl durch die jüngsten Anschläge stark erschüttert worden ist. Eigentlich gab es in der Bevölkerung seit 2023 eine klare Tendenz, von einer Verbesserung der Sicherheitslage zu sprechen. Erstens, weil die zwischenzeitlich gallopiierende Ausweitung des Terrors (2016 bis 2022) zumindest verlangsamt – teils sogar umgedreht – werden konnte (ablesbar unter anderem an den relativen wie absoluten Zahlen von Konfliktopfern). Zweitens, weil etliche der jahrelang gesperrten Routen und/oder abgeschnittenen Gebiete wieder zugänglich geworden sind – inklusive der bereits erwähnten Stadt Kidal. Und drittens, weil die seit 2025 immer öfter im gesamten Land verübten Anschläge gemeinhin als Ausdruck von Schwäche aufgefasst werden: Danach sind die terroristischen Gruppen und Netzwerke nicht (mehr) in der Lage, ganze Gebiete zu kontrollieren oder direkten Konfrontationen mit der Armee standzuhalten. Vielmehr gelingt es ihnen nur noch, mittels Nadelstichtaktik mal hier, mal dort zuschlagen und somit das allgemeine Wirtschaftsleben zu sabotieren (vor allem durch systematische Angriffe auf die Energieinfrastruktur). Diese Einschätzungen und Erfahrungswerte sind durch die jüngsten Angriffe zwar nicht obsolet geworden, dennoch war im Verlauf der letzten Woche häufig zu hören, dass die Sicherheitsanstrengungen abermals verstärkt werden müssten. Viele reden von einer notwendigen Verdoppelung der Armee, was aber 5 bis 10 Jahren dauern dürfte. Umso wichtiger ist ein zweiter, ebenfalls häufig betonter Aspekt: Angesichts dessen, dass die Anschläge die internen Differenzen bei den Militärs schonungslos freigelegt haben (wobei die Kritiker:innen eher eine Minderheit zu sein scheinen), ist es zu dem bereits erwähnten Vorschlag gekommen, einmal mehr einen politischen Neustart zu wagen. Nicht gegen die Militärs, aber gegen deren autoritäre Gangart. Gefordert – und von vielen buchstäblich erwartet – wird ein breiter Konsens. Auch der Wunsch nach einer allgemeinen Amnestie wächst, auch unter Einschluss der konstruktiven Teile der im Ausland lebenden Opposition. Denn Mali könne sich angesichts der akuten Gefahr weitere Zerwürfnisse nicht leisten, so ein lauter werdender Tenor. Was davon kommt, bleibt freilich abzuwarten – zumal im Moment neue Verhaftungen als Reaktion auf die Anschläge das Geschehen dominieren.

Wie es weiter geht – und welche Rolle Russland spielen wird

Jenseits intensiver politischer Debatten – nebst erhofftem politischen Neuanfang – gehen viele Menschen in Mali von verstärkten militärischen Auseinandersetzungen in den nächsten Wochen aus. Ob die von den Terrorgruppen propagandistisch angekündigte Blockade bzw. Umzingelung Bamakos kommen wird, ist allerdings hochgradig fraglich. Denn faktisch verfügen die Aufständischen nicht über die notwendigen Ressourcen, um eine solche Blockade dauerhaft aufrechtzuerhalten – würde doch jeder stationär errichtete und somit identifizierbare Kontrollpunkt sofort von der malischen Luftwaffe angegriffen werden. So betrachtet ist eher mit einer verstärkten Nadelstichtaktik zu rechnen, wie sie schon seit Monaten gang und gäbe ist – teils, indem Busse und Autos angehalten werden (auch um Wertgegenstände zu erpressen), teils, indem Tanklaster oder Transporte mit Baumaschinen oder anderen wirtschaftlich relevanten Gütern attackiert werden. Ungleich wahrscheinlicher sind derweil neue Gefechte zwischen Armee und Aufständischen, in denen die Armee zwar die Oberhand behalten dürfte, ohne jedoch das Land in Gänze absichern zu können. Aber auch solche Gefechte sind nichts Ungewöhnliches, auch wenn sie sich nach den Anschlägen vom 25.04.2026 intensiviert haben. Insbesondere um das von der malischen Armee umzingelte Kidal wird mittlerweile wieder intensiv gekämpft (nachdem zwischenzeitlich auch die malischen Sicherheitskräfte die Stadt aus taktischen Gründen verlassen hatten). Dabei wurden unter anderem zahlreiche militärische Anführer der FLA-Separatisten bei einem Angriff der malischen Armee auf eine Versammlung getötet. Zudem ist es gelungen, einen Angriff des Terrornetzwerks Islamischer Staat auf die Stadt Menaka im Nordwesten des Landes abzuwehren, so wie bereits einige am 25.04.2026 von den Aufständischen eroberten kleineren Orte und Kontrollpunkte wieder zurückerobert wurden. Gleichwohl ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh, um eine echte Prognose über den Ausgang dieser Kämpfe zu treffen. Fest steht nur, dass sich nahezu alle meiner Gesprächspartner:innen in Mali zuversichtlich gezeigt haben, dass Kidal relativ schnell zurückerobert würde. Entsprechend waren schon einen Tag nach den Angriffen überall Menschen mit T-Shirts zu sehen, auf denen die Unterstützung der Armee bei der nun anstehenden Rückeroberung Kidals bekundet wurde. Und noch etwas sollte in der europäischen Diskussion Beachtung finden: Die Rolle Russlands im Sahel wird weiterhin deutlich überbewertet: Russland ist ein bedeutsamer Waffenlieferant, zudem unterstützt das russische Africakorps die malische Armee mit rund 2.000 Soldaten. Das ist ein wichtiger Faktor. Dennoch sei die bereits erwähnte Zahl in Erinnerung gerufen, wonach Frankreich und die

UN mit knapp 20.000 Soldat:innen vertreten waren – also zehnmal so stark wie Russland. Denn erst vor diesem Hintergrund wird wirklich nachvollziehbar, in welchem weitgehendem Ausmaß die militärische Auseinandersetzung mit den Aufständischen mittlerweile von Malis Streitkräften selbst getragen wird. Was im Übrigen ein weiterer Grund dafür ist, weshalb viele Menschen die Sicherheitslage als stark verbessert empfinden – bedeutet dieser Trend doch, dass Sicherheit als eine der zentralen Aufgaben des Staates nicht mehr outgesourct wird.

Kurze Anmerkung zum Charakter des separatistischen FLA-(Tuareg-)Bündnisses

Der Separatismus von Tuareg-Aufständischen genießt bis heute große Sympathie in der westlichen Öffentlichkeit – vor allem französische Medien haben seit den Anschlägen nichts unversucht gelassen, um den vermeintlich legitimen Widerstand der FLA-Tuareg-Separatisten vom illegitimen Terror des al-Qaidanahen JNIM-Netzwerkes zu unterscheiden. Doch diese Trennung ist schlicht falsch, und das aus vier Gründen: Erstens ist die Konfliktgeschichte zwischen Tuareg-Separatisten im Norden Malis und malischer Mehrheitsgesellschaft deutlich komplexer, als es häufig den Anschein hat. Denn am Anfang des Konflikts stand nicht nur die Diskriminierung (halb-)nomadischer Lebensformen, wie von Tuaregseite stark gemacht wird, sondern auch der Umstand, dass zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit (und teilweise bis heute) die Versklavung Schwarzer Menschen in bestimmten Tuareg-Gemeinschaften üblich war bzw. ist. Zweitens lehnt – wie schon erwähnt – eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung im Norden eine Unabhängigkeit der nördlichen Regionen Malis strikt ab. Hintergrund ist der ebenfalls bereits erwähnte Umstand, dass der Norden noch stärker als der Rest des Landes multiethnisch (bzw. multikulturell und multilingual) zusammengesetzt ist und die Tuareg zu keinem Zeitpunkt über eine Mehrheit in ihrem Siedlungsgebiet verfügt haben. Drittens ist die Trennung zwischen (separatistischer) FLA und dschihadistischer JNIM künstlich. Das macht nicht nur ihre Erklärungen nach den Anschlägen vom 25.04.2026 deutlich, als erstmals völlig ungeschminkt die gemeinsame Verantwortung für gewalttätige Angriffe übernommen wurde. Nein, wichtiger ist, dass der unumstrittene Anführer der JNIM Iyad AG Ghaly zugleich unumstrittener militärischer Chef der Tuareg-Separatisten im Norden ist. Alle militärische Macht kommt von ihm – denn ohne JNIM hätte die FLA keinerlei Durchschlagsmacht. Umso unverständlicher ist es aus Sicht vieler Malier:innen, mit welcher Nachsicht die FLA in der westlichen Öffentlichkeit immer wieder behandelt wird – einschließlich (Exklusiv-)Interview in französischsprachigen Medien.

Soziale Krise und was Europa tun sollte

Die Lage in Mali ist hochgradig angespannt, dem würde vor Ort wohl kaum jemand widersprechen. Und das hat nicht nur mit den Anschlägen und den schwierigen politischen Dynamiken zu tun. Auch wirtschaftlich schlägt das aktuelle Weltgeschehen durch. Bereits letztes Jahr machten Statistiken die Runde, die zeigten, dass die Covid-, Ukraine- und Sanktionsbedingten Preissteigerungen in den Sahelländern zu keinem Zeitpunkt zurückgenommen wurden. Und genau darauf sattelt nun der Iran-Krieg auf – was auch mit Blick auf dringend benötigte Düngelieferungen für die im Juni beginnende Hauptanbauzeit ein riesiges Manko darstellt (zumal sich Ernteeinbußen wie eine Bugwelle auch in den Folgejahren bemerkbar machen). Passend hierzu sprach mich am Sonntag (03.05.2026) ein Nachbar auf der Straße an und wollte mir sein Sofa verkaufen – ein in unserem Verhältnis (ich bin nur einige Wochen pro Jahr vor Ort) eigentlich undenkbarer (weil tendenziell als schmachvoll empfundener) Vorstoß. Nicht nur in diesem Sinne spricht vieles dafür, dass Europa mit ungleich wohlwollenderen und empathischeren (und vor allem selbstkritischeren) Augen auf die Vorgänge in Mali schauen sollte, anstatt die Sahelländer immer wieder neu durch die Brille geopolitischer Auseinandersetzungen zu betrachten oder primär die von den Militärs verfügbaren Einschränkungen der politischen Freiheitsrechte zu skandalisieren – ohne jedoch in Rechnung zu stellen, dass die heutige Vielfachkrise überhaupt erst unter demokratisch gewählten und prowestlich ausgerichteten Regierungen herangereift ist und ohne ernst zu nehmen, dass zumindest in den Augen vieler Menschen die Suspendierung demokratischer Rechte eine aus der Not geborene und vor allem vorübergehende Maßnahme ist, wie ja auch die wieder lauter gewordenen Forderungen nach einem breiten gesellschaftlichen Konsens verdeutlichen.

05.05.2026